

Europa muss in der Krise die richtige Balance finden

Werner Langen

In der jetzigen Wirtschaftskrise liegt der Vergleich mit einem Fußballspiel nahe: In den USA stellte der Staat in den letzten Jahrzehnten lediglich den Zuschauer dar, der sich das Spiel der Wirtschaft anschaute. Im Sozialismus und Kommunismus hingegen agierte der Staat als Hauptakteur auf diesem Spielfeld. Richtig wäre es, wenn der Staat der Schiedsrichter ist. Er muss für alle Teilnehmer die Einhaltung der Regeln garantieren, damit ein faires Spiel stattfindet, und er muss ein wettbewerbsneutrales Marktgeschehen gewährleisten. Wir befinden uns jetzt in einer Phase, in der auch in Europa der Staat als Spieler aufs Spielfeld gegangen ist und dieser Zustand muss möglichst schnell zurückgeführt werden. Dies gilt vor allem, wenn man sich vor Augen führt, wie der Binnenmarkt als großes europäisches Projekt einmal gegründet wurde. Mit dem Kern der gemeinsamen europäischen Währung ist er entstanden als ein einmaliges Experiment mit einer dezentralen Verantwortung der Mitgliedsstaaten für die Haushaltspolitik und große Teile der Wirtschaftspolitik sowie einer zentralen Verantwortung für die Geld- und Währungspolitik in der EU. Dieses einmalige Experiment funktionierte in der Vergangenheit besser, als viele geglaubt hatten. Doch die EU hat sich nicht weiterentwickelt. Gerade jetzt in der Krise sind Egoismus sowie Rückzug auf den Nationalstaat als Phänomene überdeutlich geworden. In den letzten zehn Jahren konnten die nötigen Regulierungsinstrumente nicht

durchgesetzt werden. Tatsächlich birgt hier der nationale Protektionismus, der zu Beginn der Krise in Europa greifbar war, eine echte Gefahr. Die ersten „Rettungsprogramme“ waren national ausgerichtet. Mit großer Mühe ist es dann gelungen, dass Europa diese protektionistische Linie in seinen größten Nationalstaaten nicht weiter als Lösungsansatz verfolgt hat. Doch weder im Nizza-Vertrag noch im Vertrag von Lissabon sind die Instrumente ausreichend, um Europa in Zukunft als einen Global Player einzuführen und ihm politisch und wirtschaftlich stärkeres Gewicht zu verleihen.

Die Prognosen, dass es nun eine 20 Jahre lang anhaltende Rezession geben werde, sind jedoch völlig überzogen, falsch und durch nichts gerechtfertigt. Allerdings stellt uns die Welt eine Menge gewaltiger Aufgaben für die Zukunft. Bei der Überwindung der Armut zum Beispiel, bei der Herstellung der Energieversorgungssicherheit, bei Hygienefragen, beim medizinischen Fortschritt, bei der Zusammenarbeit der internationalen Staatengemeinschaft oder bei der Beseitigung von Ungleichgewichten. Die Aufgaben, die sich international stellen, nehmen nicht ab. Es gibt eine gemeinsame Verantwortung, sie anzupacken, auch um zur Friedenssicherung und zur Wohlstandsmehrung beizutragen. In dieser Hinsicht bleibt festzuhalten, dass neue internationale Konstruktionen erforderlich sind, die weit über die vorhandenen hinausgehen. Eine Untersuchung der UNO besagt, dass die Menschen ab einem Durchschnittseinkommen von pro Kopf zwischen 7000 und 8000 US-Dollar im Jahr erstmals über demokratische Rechte nachdenken. Dass sie aber erst ab einem Durchschnittseinkommen von 14.000 bis 15.000 US-Dollar pro Kopf im Jahr über Umweltfragen und gesellschaftliche Solidarität nachdenken. Beim Aufholprozess zu einem solchen Zustand besitzen die Industriestaaten, der reiche Westen vor allem, aber auch die führende Wirtschaftsmacht der Welt, die USA, die im Augenblick immerhin 23 % der Wirtschaftsleistung der Welt erbringt, eine größere Verantwortung als zuvor. In der Vergangenheit wurden lediglich drei Prozent des Einkommens gespart, stattdessen konsumierte man munter drauflos. Zuerst die Privathaushalte, dann der Staat und am Schluss beide zusammen, der Staat und die Haushalte, zu Lasten der gesamten Welt. Diese Ungleichgewichte müssen möglichst bald beseitigt werden und dazu gehört eben auch die moralische Komponente, dass

Freiheit und Verantwortung wieder mehr miteinander verbunden werden müssen. Wenn man das Beispiel der USA heranzieht, wo immer noch die Meinung herrscht, Kapitalismus nach amerikanischem Modell und Regulierung schlossen einander aus, wo 47 Millionen Menschen keinerlei mit europäischen Maßstäben vergleichbare Krankheitsabsicherungen haben, wo bis zu 10 % der jugendlichen Arbeitslosen aus der schwarzen Bevölkerung wegen Gewaltdelikten in den Gefängnissen sitzen, dann schneidet das europäische Modell, soziale Verantwortung moderat wahrzunehmen, dem Markt Regeln zu geben und den Staat auf seine eigentlichen Tätigkeiten zu reduzieren, klar besser ab.

Staatsverschuldung als Hypothek

Mit Blick auf die Zukunft hat die Frage, wie sich die Staatsverschuldung weiter entwickeln wird, eine enorme Bedeutung. Die ausufernde Verschuldung stellt eine gewaltige Hypothek für die künftigen Generationen dar. Daher muss das Thema abermals mit aller Ernsthaftigkeit angegangen werden. Im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts ist dies versucht worden. Die unterschiedlichen Inflationsauffassungen in Europa konnten zu einem einheitlichen Konzept auf freiwilliger, koordinierender Basis zusammengeführt werden, aber durch die unterschiedlichen Versuche der Krisenbewältigung ist diese enge Abstimmung wieder völlig verloren gegangen. Hohe Inflationsraten, die bei einer Ausweitung der Staatsverschuldung, wie wir sie haben, auf mittlere Frist nicht auszuschließen sind, schaden vor allem den kleinen Leuten, den Rentenbezieher, die nicht mehr im aktiven Berufsleben stehen.

Dies war in Europa beispielsweise früher in Italien zu beobachten. Der italienische Staat befand sich nicht in der Lage, durch die regelmäßige Durchsetzung der Steuererhebung sich und seine Aufgaben zu finanzieren. Schließlich nahm die Staatsverschuldung den Bürgern das Geld indirekt wieder aus der Tasche, indem ihre Einkommen immer weniger wert wurden. Dieses System sicherte die so genannte „Scala Mobile“ ab, die Anpassung der Löhne an die Inflationsentwicklung alle drei Monate. Jeder glaubte, dass er letztendlich einen persönlichen Nutzen davontrug und alles gut ginge. Tatsächlich stellte sich heraus, dass die italienische

Wirtschaft und die italienischen Arbeitsplätze am Ende nicht mehr wettbewerbsfähig waren. In eine solche Spirale darf sich Europa nicht hineinbegeben. Deshalb sind scharfe Einschnitte notwendig. Untersuchungen, die aus früheren Krisen, etwa in Japan, vorhanden sind, zeigen ganz eindeutig, dass die Inflation dort zwar relativ gering blieb, aber gleichzeitig damit ebenso das Wirtschaftswachstum, und dass die Notenbank bei ihrer Zinspolitik überhaupt keinen Handlungsspielraum mehr besaß. Wenn der Notenbankzins bei null steht, lässt sich nichts mehr senken.

Europa ist handlungsfähig

In diesem Rahmen muss China in den Blick genommen werden. Vor allem die Klimapolitik stellt hier ein Problem dar. Es sind in diesem Politikbereich sehr ehrgeizige internationale Ziele verabredet worden, die in der Durchsetzung erhebliche Probleme bereiten. Ob sich das europäische Modell der Reglementierung und scharfen Grenzwerte weltweit durchsetzt oder doch mehr das technologieorientierte Modell der Amerikaner – das auch unter Präsident Obama dort bevorzugt wird –, das werden letztendlich in den nächsten zwei, drei Jahren wohl die Chinesen entscheiden. Es kommt darauf an, auf welche Seite der Klimapolitik sich China schlagen wird. Hinter 1,3 Milliarden Menschen steht eine ungeheure potentielle Wirtschaftskraft. Wenn die Chinesen aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Überzeugungen, der Beispiele aus Hongkong und Taiwan heute überwiegend davon überzeugt sind, durch einen staatlich gesteuerten Wirtschaftszentralismus könne jeder Chinese reich werden, dann entsteht dort eine Dynamik einer kapitalistischen Diktatur, die im Streit um Rohstoffe, um Energieversorgungssicherheit und um die weltweite – auch politische – Führerschaft ein einiges und starkes Europa erfordert. Falls die Europäer weiter zurückfallen in einzelne nationale Strategien und ihre gesamteuropäische Verantwortung nicht stärker wahrnehmen, dann werden sie weltweit an Bedeutung verlieren und vielleicht zu einem Spielball der zukünftigen chinesischen Großmachtspolitik werden.

Die EU besitzt bisher keine Kompetenzen bei der Steuerpolitik, auch keine Kompetenzen bei der Haushaltspolitik. Aber sie ist für die Regulierung des

Binnenmarktes verantwortlich. Über dieses Mittel der Mindestregulierung hat die EU brauchbare Instrumente im Mitentscheidungsverfahren von Parlament und Rat, sofern die Regierungen an dieser Stelle nicht Blockademinderheiten organisieren, wie es bei der Finanzmarktregulierung in den vergangenen vier Jahren der Fall gewesen ist, sondern gemeinsam Verantwortung wahrnehmen. Insofern ist Europa bereits heute handlungsfähig, was den Gestaltungsspielraum bei der Setzung der Spielregeln und die Frage betrifft, welche Regeln der Schiedsrichter durchzusetzen hat. Doch nicht nur Politikversagen und Regulierungsversagen führte zur Krise, sondern insbesondere auch ein Markt, der keine festen Regeln kannte, an dem sich einzelne Marktteilnehmer frei bewegen konnten, ein Markt, der das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft verkannte. Das westeuropäische Wirtschaftsmodell (mit Ausnahme der britischen Inseln) war immer das Modell einer sozialen Marktwirtschaft und kein reiner Kapitalismus, auch keine Zentralwirtschaft. Soziale Marktwirtschaft erfordert Freiheit und Verantwortung. Aber der Bereich der Freiheit ist sowohl von der Politik als auch von verschiedenen Marktakteuren zu egoistisch ausgenutzt worden.

Leben über die Verhältnisse

Die Verantwortung kann allerdings nicht einseitig bei der Politik gesehen werden. Der Finanzmarkt besaß zum Beispiel in den USA im Jahr 2007 einen Anteil am Sozialprodukt von 7 %, aber einen Anteil an den Gewinnen von 41 %. Hier sind also große Gewinne durch Versagen der Marktstrukturen und durch mangelnde Regulierung entstanden, was nicht verantwortbar ist. Von den 30.000 Bediensteten bei Goldman Sachs haben im Jahr 2008, also mitten im Krisenjahr, 1.000 Personen jeweils mehr als eine Million US-Dollar an Boni erhalten. Diese Anreizsysteme waren völlig falsch und der Finanzmarkt konnte sich ungestüm entwickeln. Diese Zustände wurden international damit gerechtfertigt, dass sie notwendig, seien, damit das Kapital die optimale Verwendung fände und Investitionen weltweit zu vernünftigen Konditionen möglich wären. Aber die stürmische Gewinnentwicklung ist durch erhebliche Aufsichtsfehler und auch durch das radikale Ausnutzen der Freiheit am Markt gefördert worden. Sie ist nicht gedeckt durch tatsächliche Wirtschaftsgüter. Im Jahr 2007 betrug

das Gesamtvolumen der Derivate, der verschiedenen Finanzinstrumente am internationalen Finanzmarkt knapp 600 Billionen US-Dollar. Das gesamte Sozialprodukt aller 6,7 Milliarden Menschen in diesem Jahr betrug dagegen noch nicht einmal 10 % dieser Summe: nur 9,5 % des Derivatvolumens erreichte die tatsächlich erwirtschaftete Leistung nach den Kriterien des Weltsozialprodukts. Im Vergleich zum Jahr 2000 wird deutlich, wie sich dieses Verhältnis in den Jahren zwischen 2000 und 2007 durch politische Fehlentscheidungen der USA – auch der Zentralbank – durch eine Politik des billigen Geldes, durch die Tatsache, dass die USA weitgehend zu Lasten des Restes der Welt gelebt haben (beispielsweise in den Bereichen der Energieverschwendung oder der Finanzierung ihres Staatsdefizits) stetig vergrößerte. Die USA waren dabei darauf angewiesen, dass die Ölstaaten und China hohe Währungsreserven in Dollar anhäuften. Dadurch haben die Chinesen und die Ölstaaten es ermöglicht, dass die USA über ihre Verhältnisse leben konnten.

Falsche Anreizsysteme und Blockaden

Diese Aufblähung des Finanzmarktes lässt sich durch eine Änderung der Regeln nicht sofort zurückführen, aber dennoch sind erste Anpassungen notwendig und nicht wirkungslos. Zu diesen Anpassungen gehört eine Reform der Rating-Agenturen, welche praktisch staatliche Funktionen übernommen haben. Auf ihre Beratung und Bewertung der Stabilität und Verlässlichkeit hinsichtlich der jeweiligen Finanzkraft von Unternehmen und Staaten, verließen sich alle, die Aufsichtsbehörden, die Kunden, die anderen Banken. Darüber hinaus sind Derivate und neue Finanzmarktprodukte durch das Vermischen unterschiedlicher Risiken ohne jede Eigenrisikobeteiligungen entstanden, das heißt: Leerverkäufe von Krediten und Fonds, ohne das derjenige, der dieses neue Finanzmarktinstrument erfunden hatte, am Ende auch nur annähernd ein Risiko in Kauf nehmen musste. Wenn das Produkt die Bank verlassen hatte, dann war das Risiko wie von Geisterhand verschwunden und weltweit verteilt. Es existierten einfach keine Vorschriften für diesen Handel. Zusätzlich wurden langfristige Bewertungen in kurzfristige Bewertungen umgestellt, die Bilanzierungsregeln geändert und unter dem Begriff des Fair-Value kurzfristige Buchgewinne als Dividende oder

als Boni ausgezahlt. Dies geschah ohne Rücksicht auf die spätere Haftung oder auf die langfristigen Wirkungen. Die unterschiedlichen Bilanzierungsregeln in Europa und in den USA führten zu teilweise gewaltigen Unterschieden in den Bilanzen. Solche Anreizsysteme ermöglichten die rasante Entwicklung der Finanzzentren in Europa, etwa in London und Dublin. Hier haben wir in der EU keine Kraft gefunden, notwendige Regulierungen in einer einheitlichen Finanzmarktaufsicht durchzusetzen. Vor allem Großbritannien und Irland haben die Mindestregulierung in den letzten fünf Jahren blockiert, aber auch neue Mitgliedsstaaten lieferten dabei Unterstützung. Tschechien, teilweise auch Polen, die baltischen Staaten, die skandinavischen Staaten. Es kamen also keine Mehrheiten in den europäischen Gremien für die Regulierung zusammen und der zuständige irische Binnenmarktkommissar Charly McCreevy blieb über vier Jahre hinweg untätig. Er ließ alle Initiativen abprallen. Erst unter dem massiven Druck der Krise wurde hier ein Handlungsbedarf akzeptiert.

Hierbei gilt es der Vollständigkeit halber anzumerken, dass das Thema Hedgefonds in diesem Kontext ein absolutes Nebenthema ist, das von den Sozialdemokraten und Sozialisten aufgegriffen wurde. Die Hedgefonds waren tatsächlich überwiegend selbst Opfer dieser Krise. Sie beanspruchten keine staatlichen Hilfen. Staatliche Hilfen nahmen hingegen diejenigen in Anspruch, welche die neuen Finanzmarktinstrumente extensiv nutzten, ohne sich darum zu kümmern, dass in einer sozialen Marktwirtschaft die Freiheit des Marktes mit der Verantwortung des Individuums verbunden sein muss.